

Markus Ackeret

Das «neue Leben» beginnt für die Ukrainer zu langsam

"Нове життя" починається занадто повільно для українців

Маркус Аккерет в своїй статті в "Neue Zürcher Zeitung" аналізує кандидатів президентських виборів в Україні. Незважаючи на те, що українці прагнуть змін, президентські вибори наприкінці березня не мають серйозних кандидатів, які б втілили такий підхід. За останні чотири роки «український Макрон» не досяг успіху, вважає політолог Володимир Фесенко. Порошенко є символом статус-кво. Але його найбільша проблема - це його так званий антирейтинг, зауважує політолог. Найбільш помітним і важливим досягненням є візова свобода з Шенгенською зоною, яка призвела до різкого зростання туризму. На думку автора, П. Порошенко вважається найбільш прозахідним політиком серед тих, кого вважають серйозними кандидатами в президенти. Щоб відволіктися від відсутності реформ і розчарувань, він представляє себе під девізом «Армія, мова, віра» як енергійний політичний і військовий лідер, що сприяє українізації країни і незалежності Москви від Москви.

<https://www.nzz.ch/international/das-neue-leben-beginnt-fuer-die-ukrainer-zu-langsam-ld.145130>

7

Fünf Jahre nach der Maidan-Revolution ist das Glas je nach Perspektive halb leer oder halb voll. Im Reformprozess der Ukraine dient der Krieg dabei gleichzeitig als Antrieb und Bremse. Dieses Jahr werden wichtige Weichen gestellt.

Der Krieg ist weit weg in Kiew, aber er ist auch ganz nah. So war es bis Ende November, als drei ukrainische Kriegsschiffe auf dem Weg ins Asowsche Meer vom russischen Grenzschutz an der Durchfahrt durch die Meerenge von Kertsch gehindert wurden. Als Reaktion darauf liess der ukrainische Präsident Petro Poroschenko das Kriegsrecht über einen Teil des Landes verhängen. Und so ist es – in einer nervöseren Stimmung – nach wie vor. Der Krieg ist kein ständiges Thema mehr, aber ein Hintergrundgeräusch für die Politik wie die Gesellschaft. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl vom kommenden März gilt das ganz besonders.

Wunsch nach Veränderungen

Weit weg ist der Krieg im Donbass, weil er nicht mehr, wie auf dem Höhepunkt der Gefechte 2014/15, das Tagesgespräch dominiert. Die Kiewer hätten sich von ihm entfremdet, sagen Gesprächspartner. Das freiwillige Engagement für die Kämpfer an der Front, das eine Weile lang zum Alltag auch in der Hauptstadt gehörte, hat nachgelassen, aber so gut wie jeder kennt jemanden, der dort war oder gerade ist. Die Medien berichten täglich über die Entwicklungen im Osten des Landes. Binnenflüchtlinge leben in Kiew, aber sind nicht besonders wohlgekommen. Und natürlich haben die Kriegsangst und die Ungewissheit wieder zugenommen seit der Eskalation an der Strasse von Kertsch. Schon davor hiess es in Kiew, die Anspannung sei hoch und man wisse nie, was einen am nächsten Morgen beim Aufwachen erwarte.

Der Krieg, sagt der Soziologe Michailo Mischtschenko vom Kiewer Think-Tank Razumkov Centre, sei wie eine Wunde, die immer wieder schmerze. Aber er aktiviere auch die Gesellschaft: Wenn die einen an der Front kämpften und stürben und die korrupte Elite in Saus und Braus lebe, wüchsen die

Unzufriedenheit und der Reformdruck. Gerade ehemalige Kämpfer seien unerschrockener in ihren Forderungen. Sich diesen entgegenzustellen, sei moralisch schwierig für Beamte und Politiker. Der Krieg habe so auch die Rolle eines Katalysators für Veränderungen.

Halschlagader der Reformpolitik

Olena Prokopenko teilt diese Einschätzung. Der andauernde Krieg verstärke den Reformdruck. Vor seinem Hintergrund wachse die Wut über die Korruption noch. Zugleich aber sei er für die Staatsmacht eine Ausrede, um Reformen zu bremsen. Prokopenko stand vor fünf Jahren auf dem Maidan Nesaleschnosti, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, um für eine europäische Ukraine und gegen die Hinwendung Präsident Wiktor Janukowitschs zu Russland einzustehen, für die Mündigkeit der Bürger und gegen eine autoritäre, an Moskau angelehnte Herrschaft. Bis vor kurzem war sie bei der Organisation Reanimation Package of Reforms (RPR) für internationale Beziehungen zuständig.

RPR ist so etwas wie die Halschlagader der ukrainischen Reformpolitik seit 2014: An der Nichtregierungsorganisation (NGO) kommen weder die anderen NGO noch die Regierung vorbei. RPR formulierte schon im März 2014, noch in der Übergangszeit zwischen der Absetzung Janukowitschs und der Präsidentschaftswahl im Mai, einen Fahrplan für Reformen. Nach der Parlamentswahl im Herbst flossen die Vorschläge in den Koalitionsvertrag ein, und ein Memorandum zwischen der Regierung und RPR stellte sicher, dass die Organisation künftig in die Arbeit einbezogen würde.

Das ist bis heute so. RPR ist an der Koordination von Gesetzesprojekten beteiligt und in ständigem Austausch mit Regierung, Verwaltung und Parlamentariern. Eine ganze Gruppe von Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen – die «Eurooptimisten» – stammt aus der Zivilgesellschaft und will das Rückgrat der Reformpolitik sein. RPR ist dabei so etwas wie ein Inkubator für die gut achtzig beteiligten NGO und die 18 regionalen Koalitionen. Die kleine Zentrale der Organisation steht im Kiewer Regierungsviertel.

Mehr als halbleere Gläser

Prokopenko und Natalja Jewtschenko, die das Sekretariat und damit die operative Tätigkeit der Organisation leitet, sind stolz darauf, dass die Zivilgesellschaft in kaum einem anderen Transformationsland so viel Einfluss auf die Regierung hat wie in der Ukraine seit 2014. Auch deshalb ist es den beiden wichtig, die seither erzielten Reformergebnisse zu betonen. Wenn ständig nur vom «halbleeren Glas» die Rede sei und die Versäumnisse des Reformprozesses ins Licht gerückt würden, spiele das der russischen Propaganda in die Hände und wirke sich negativ auf die Wahrnehmung der Ukraine im Westen aus. Jewtschenko gibt zu bedenken, dass die Reformen unter widrigen Umständen stattfinden – im Osten geht der Krieg weiter, und das Land erholt sich erst langsam von einer tiefen Wirtschaftskrise.

Das heisst allerdings nicht, dass Prokopenko und Jewtschenko mit der Situation zufrieden wären und die zähen Reformfortschritte beschönigten. Ihnen machen vor allem die schlechte oder fehlende Kommunikation und Umsetzung beschlossener Reformen Sorgen – sowie der raue Wind, der den zivilgesellschaftlichen Akteuren entgegenweht und sich in Attacken auf Aktivisten manifestiert. Oft verstünden die Bürger gar nicht, was sich hinter den Schlagworten der täglichen Berichterstattung über die Reformpolitik verberge. So würden die hohen Erwartungen erst recht enttäuscht. Wie sehr gerade wichtige Fortschritte Enttäuschung provozieren, erläutern Prokopenko und Jewtschenko am Beispiel der Korruptionsbekämpfung, des zentralen Themas der Reformen und der Wurzel des Unmuts. Sie sprechen vom «transparentesten korrupten Land».

Während auf der einen Seite im Alltag die Korruptionserfahrung tendenziell abnimmt, nehmen auf der anderen die Korruptionsermittlungen zu. Politiker müssen über ihre Einkünfte und ihr Vermögen Rechenschaft ablegen. Darüber wird intensiv berichtet – und so entsteht bei manchen das Gefühl, das Problem der Korruption und Bereicherung werde immer schlimmer, obwohl diese Enthüllungen Teil der Reformen sind. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass auf das Aufdecken korrupter Praktiken

noch viel zu selten Ermittlungen folgen und es bis jetzt nicht gelungen ist, dicke Fische vor Gericht zu bringen. Das nationale Antikorruptionsbüro und die Antikorruptionsjustiz arbeiten mehr gegen- als miteinander. Der Antikorruptionsgerichtshof, dessen Errichtung im Sommer beschlossen wurde, hat seine Arbeit noch gar nicht aufgenommen.

In Kiew prallen Welten aufeinander

Die Bevölkerung aber wünschte sich schnelle Resultate, wie Jewtschenko meint: Ermittlungen, Gefängnisstrafen, Einzug von Vermögenswerten. Es fehle an einer guten Erläuterung der Reformpolitik. Die internationalen Partner – Weltbank, Währungsfonds, Europäer und Amerikaner – geniessen das grössere Vertrauen der Bürger als die landeseigenen Institutionen. So wird von der Zivilgesellschaft auch über diese Partner Druck auf die Regierung ausgeübt – wie beim Antikorruptionsgerichtshof.

Die Bereitschaft der Bevölkerung, für ein «neues Leben» nach dem Maidan einen hohen Preis zu zahlen, ist nicht mehr so gross wie 2014/15. Der Alltag ist teurer geworden, aber die Einkommen sind gesunken. Zugleich prallen in Kiew die Welten aufeinander: Am Chreschtschatyk, der Prachtstrasse im Zentrum, und seinen Seitenstrassen im Regierungsviertel reihen sich Luxusläden aneinander. Der Elite geht es zumindest nicht schlechter als früher. Das alles nähre den Wunsch nach Veränderung, berichtet der Soziologe Mischtschenko. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahl vom März, für die der Wahlkampf erst Ende Dezember offiziell begonnen hat, aber die die politische Debatte und auch das Kiewer Strassenbild seit Monaten dominiert, bedeutet das vor allem schlechte Karten für den amtierenden Präsidenten.

Alte Bekannte und neue Helden

mac. Kiew· Obwohl sich die Ukrainer offenbar nach Veränderung sehnen, fehlt es bei der Präsidentschaftswahl Ende März an ernsthaften Kandidaten, die einen solchen Aufbruch verkörpern würden. Ein «ukrainischer Macron» habe sich in den vergangenen vier Jahren nicht hervorgetan, sagt der Politologe Wolodimir Fesenko. Die jungen Abgeordneten, die aus der Zivilgesellschaft in die aktive Politik wechselten, sind in weiten Teilen der Bevölkerung nahezu unbekannt. Das gibt zwei Typen von Bewerbern eine Chance: altgedienten Politikern, die sich als frischer Wind verkaufen, und Quereinsteigern, die sich unbefleckt von den Intrigen der Politik geben und auf andere Weise populär geworden sind.

Nur so konnte es ausgerechnet Julia Timoschenko, die mehrmalige Ministerpräsidentin und Symbolfigur der orangen Revolution von 2004, gelingen, zur derzeit grössten Favoritin zu werden. Auf der anderen Seite schlägt sich der Komiker Wolodimir Selenski gut, der aus einer Fernsehsatire auf die Politik bekannt ist. Anfang Januar kündigte er seine Kandidatur an. Für einige gilt auch Swjatoslaw Wakartschuk von der populären Band Okean Elsi als liberaler Hoffnungsträger, aber er hat sich noch nicht entschieden. Als erfahrene, aber weniger verbrauchte Kraft präsentiert sich der frühere Verteidigungsminister Anatoli Hrizenko. Er will mit Wakartschuk und mit dem Bürgermeister von Lwiw, Andri Sadowi, über ein Zusammengehen sprechen.

Der «Konterrevolution», den Kräften aus dem Dunstkreis des 2014 gestürzten Präsidenten Janukowitsch, werden nur schon aus demografischen Gründen wenig Chancen eingeräumt: Ihre Wählerbasis ist durch das Abfallen der ostukrainischen Zentren Donezk und Luhansk zu stark geschwunden, um eine Mehrheit zu finden. Zudem ist sie gespalten.

Poroschenko ist das Symbol für den Status quo. Aber sein grösstes Handicap sei sein sogenanntes Antirating, sagt der Politologe Wolodimir Fesenko in Kiew. Kein anderer potenzieller Kandidat werde so negativ gesehen wie der Präsident. Das bedeutet, dass der Anteil jener Wählerinnen und Wähler, die unter keinen Umständen für ihn stimmen würden, besonders hoch ist. Auch Meinungsumfragen von Anfang Dezember zeigen das: In so gut wie keiner derzeit absehbaren Paarung eines zweiten Wahlgangs würde Poroschenko gewinnen. Solche Umfragen sind mit grosser Vorsicht zu geniessen, weil ein grosser Anteil der Wahlberechtigten noch unentschieden ist. Das Antirating von Poroschenko ist aber beständig, und es hat Gründe. Fesenko nennt als eine wichtige Ursache die nicht

erfüllten Versprechen von 2014: kein Ende des Krieges und ein völlig zerrüttetes Verhältnis zu Russland.

Poroschenko will ablenken

Für alles das und für den spürbar tieferen Lebensstandard machen viele Ukrainer Poroschenko verantwortlich. Auch werfen ihm manche vor, zu sehr Unternehmer und zu wenig Politiker zu sein – zumal er sich nicht von seiner Schokoladefabrik und seinen Medienbeteiligungen getrennt hat. Das «neue Leben», das vom Maidan erwartet wurde, hat sich für eine Mehrheit nicht materialisiert. Etwas vom sichtbarsten und wichtigsten ist die Visumsfreiheit mit dem Schengenraum, die in beide Richtungen zu einem starken Anstieg des Tourismus geführt hat. Das ist denn auch das Positivste, das mit Poroschenko in Verbindung gebracht wird: Er gilt als der am stärksten prowestlich ausgerichtete Politiker unter jenen, die als ernstzunehmende Präsidentschaftskandidaten infrage kommen. Um von mangelnden Reformfortschritten und den Enttäuschungen abzulenken, stellt er sich unter dem Motto «Armee, Sprache, Glaube» als tatkräftiger politischer und militärischer Führer dar, der die Ukrainisierung des Landes und die kirchliche Unabhängigkeit von Moskau vorantreibt.

Die Eskalation um das Asowsche Meer, die Verhängung des Kriegsrechts und die mit der Kündigung des Freundschaftsvertrags sowie der Kirchenabsplaltung auf einem Tiefpunkt angelangten Beziehungen zu Russland schlagen noch nicht wirklich auf die Ausgangslage für die Präsidentschaftswahl durch. Der Krieg ist wieder stärker ins Bewusstsein gerückt und damit auch die Tatsache, dass Poroschenko mit dessen Beendigung gescheitert ist. Zum Nachgeben, sagt Mischtschenko, seien aber auch nur wenige bereit. Viele hoffen auf indirekte Druckausübung über den Westen und frohlocken, wenn dessen Verhältnis zu Moskau sich verschlechtert.